

Zu Punkt der Tagesordnung

Kleine Anfrage		0771/2009 öffentlich 27.08.2009
Datum	Gremium	Fragesteller/in
Ö 17.09.2009	Ratsversammlung	Ratsfrau Musculus-Stahnke, FDP-Fraktion
Betreff:		
Postfilialen		

Vorbemerkung:

Medienberichten zufolge plane die Deutsche Post AG, bis Ende 2011 ihre eigenen Filialen zu schließen und diese Dienstleistungen durch Partner aus dem Einzelhandel anzubieten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass durch die Post-Universaldienstleistungsverordnung (PUDLV) zu gewährleisten ist, dass „in zusammenhängend bebauten Gebieten eine stationäre Einrichtung in maximal 2.000 Metern für die Kunden erreichbar ist“. Zudem, so die Verordnung, ist bei „Veränderungen der stationären Einrichtungen“ frühzeitig, „mindestens zehn Wochen vor der Maßnahme, das Benehmen mit der zuständigen kommunalen Gebietskörperschaft herzustellen“. Vor diesem Hintergrund stelle ich folgende

Kleine Anfrage

1. Inwiefern hat sich die Deutsche Post AG bezüglich der o.g. Planungen - insbesondere auch hinsichtlich der Darlegung der Konsequenzen von Filialschließungen auf die Versorgung mit Postdienstleistungen - mit der Landeshauptstadt Kiel in Verbindung gesetzt?
2. Welche Maßnahmen kann die Landeshauptstadt Kiel grundsätzlich ergreifen, um die Grundversorgung mit Postdienstleistungen in Kiel zu erhalten und dafür zu sorgen, dass die Versorgung sich nicht weiter verschlechtert?
3. Welche Maßnahmen hat die Landeshauptstadt Kiel bislang ergriffen, um gegenüber der Deutschen Post AG auf die Einhaltung der o.g. Versorgungsdichte hinzuwirken?

gez. Christina Musculus-Stahnke
stv. Fraktionsvorsitzende

f. d. R. Peter Helm
Fraktionsgeschäftsführer